

vorneweich 02

»Nach den direkten Folgen der Pandemie die indirekten anpacken«

Interview mit Katja Pähle

vorneweich: Die Beschränkungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie sind noch gar nicht aufgehoben...

Katja Pähle: ...das wird auch nur schrittweise möglich sein...

...und dennoch spricht die SPD-Landtagsfraktion von einem „Exit plus“ und skizziert Forderungen für die Zeit danach. Wird da nicht der zweite Schritt vor dem ersten gegangen?

Nein, gar nicht. Wir stehen weiter dafür ein, dass die geltenden Kontaktbeschränkungen und Einschränkungen des öffentlichen Lebens eingehalten werden. Die Eingrenzung der Pandemie hat weiter oberste Priorität. Ich bin sehr froh, dass die meisten Menschen so viel Einsicht zeigen und diese Regeln diszipliniert einhalten. Gleichzeitig brauchen wir aber weitere Entscheidungen, die nach der Krise die Entwicklung des Landes wieder voranbringen.

Ihr fordert jetzt ein Investitionsprogramm. Was ist der Unterschied zu den schon bereitgestellten Soforthilfen?

Die Soforthilfen zielen auf die direkten Folgen des Shutdown: Unternehmen, die ihren Betrieb einstellen mussten, bekommen Zuschüsse und Kredite, um die akute Krisenphase überbrücken zu können. Wirtschaftsminister Armin Willingmann hat darauf geachtet, dass das Landesprogramm vor allem auf die für Sachsen-Anhalt typischen Betriebsgrößen zugeschnitten wurde.

Nach den direkten Folgen kommen aber die indirekten: Wir müssen damit rechnen, dass die private Nachfrage vor allem bei Handwerkern und kleineren Unternehmen einbricht – einfach deshalb, weil vielen Geschäften, Betrieben und Familien in diesem Jahr das nötige Geld dafür fehlt. Soforthilfe, Kurzarbeitergeld und Grundsicherung können nur das Nötigste abdecken. Viele private Projekte werden deshalb aufgeschoben.

Und das soll der Staat ausgleichen?

Ja, aber mit Aufträgen, die sowieso nötig sind. In vielen Städte und Gemeinden gibt es schon lange einen Investitionsstau bei Schulen, Kitas, Schwimmbädern und vielem anderen. Wenn das Land für diese Vorhaben Geld zur Verfügung stellt, ist allen geholfen: den Kommunen, den Nutzerinnen und Nutzern öffentlicher Einrichtungen, den Unternehmen, die die Aufträge bekommen, und natürlich ihren Beschäftigten.

Dauer das nicht zu lange, bis so etwas wirkt?

Nicht, wenn wir das unbürokratisch ausgestalten. Das heißt: ohne kommunalen Eigenanteil, damit



Foto: privat

auch finanzschwache Gemeinden davon profitieren. Ohne große Hürden beim Mindestauftragswert, damit auch kleine Vorhaben umgesetzt werden können. Und mit den jetzt schon gelockerten Vergabebestimmungen, damit die Aufträge in der Region bleiben. In der Finanzkrise hat das „Konjunkturpaket II“ gezeigt, wie wirkungsvoll so ein Programm sein kann.

Wenn Du sagst, Ihr wollt im Landtag vorausplanen für die Zeit nach der Krise, dann ist so ein Investitionsprogramm doch sicher nicht das einzige Projekt.

Nein. Andere Sachen sind ja schon angepackt worden. Mit dem Nachtragshaushalt haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Investitionen in unsere Krankenhäuser vorzuziehen.

Ich bin wirklich froh, dass wir als SPD in Sachsen-Anhalt seit Herbst 2019 dem Thema Krankenhäuser auf allen Ebenen so eine große Bedeutung gegeben haben: mit dem Einsatz für faire Bezah-

lung der Beschäftigten, mit dem Kampf gegen weitere Privatisierungen an gewinnorientierte Konzerne und mit Petra Grimm-Bennes Vorschlag für ein Investitionsprogramm, das wir dann im Landeshaushalt verankert haben. Wie man jetzt sieht, war das genau die richtige Strategie, und das Thema wird jetzt natürlich noch mehr Bedeutung gewinnen. Flächendeckende, funktionierende Krankenhäuser sind für uns alle lebenswichtig.

Das geht nur mit Geld.

Viel Geld. Aber die Corona-Krise zeigt uns allen überdeutlich, Tag für Tag, wie wichtig ein aktiver Staat ist – um Leben und Gesundheit zu schützen, um gesellschaftlichen Zusammenhalt und Ausgleich zu organisieren, um Menschen und Unternehmen in Krisen zu helfen und um wirtschaftliche Impulse zu geben. Jetzt ist Tatkraft gefragt, auch in der Haushaltspolitik. Wann sonst?



Foto: Stefan Busse

Zusammenhalt!

Ein Beitrag von Juliane Kleemann und Andreas Schmidt

Wenn diese Ausgabe des Vorwärts erscheint, liegen die ersten Einschränkungen des öffentlichen Lebens zur Abwehr der Covid-19-Pandemie sechs Wochen zurück. Die Menschen in unserem Land haben sich diesen Einschränkungen mit großer Disziplin und ebenso großer Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe und Zusammenhalt gestellt. Viele Ankündigungen und Nachrichten haben den Prozess der Zurverfügungstellung von Geld für die schnell wachsende Zahl von Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeitern, Antragsberechtigten für Lohnfortzahlung nach dem Infektionsschutzgesetz und vor allem Solo-Selbstständigen, Freiberuflerinnen und Freiberufler und kleinen Unternehmen begleitet.

Überall waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entscheidend beteiligt. Das Land hat das Glück, mit Olaf Scholz einen Finanzminister zu haben, der schnell und entschlossen ein beispielloses Finanzpaket zur finanziellen Abfederung der Pandemiefolgen auf den Weg gebracht hat. Arbeitsminister Hubertus Heil hat dafür gesorgt, dass zehntausende Kündigungen vermieden werden konnten. In Sachsen-Anhalt haben Petra Grimm-Benne, die den Pandemiestab der Landesregierung leitet, Wirtschaftsminister Armin Willingmann und ihre Staatssekretärinnen und Staatssekretäre an vorderster Front dafür Sorge getragen, dass in ungeheurer kurzer Zeit alles Notwen-

dige zur Umstellung des Lebens von 2,2 Millionen Menschen veranlasst und umgesetzt wurde.

Dennoch hat die Krise auch in unserem Land Probleme offengelegt. Die Ausstattung mit Gesundheitsgütern, wie Schutzmasken und medizinischen Schutzanzügen hat sich als für den Fall einer Pandemie zu gering erwiesen. Die Abhängigkeit von weltumspannenden Lieferketten für diese Güter sowie für Medikamente macht unser Gesundheitssystem im Falle einer weltweiten Krise verletzlich.

Die Pandemie weist aber auch auf viel tiefergehende Schwierigkeiten hin. Wir wollen hier auf drei dieser Problemkreise hinweisen.

Erstens: Das institutionelle Europa ist in seinen Reaktionen auf den Notfall Pandemie auseinander- und in nationales Denken und Handeln zurückgefallen. Es gab und gibt keine EU-europäische Koordinierung der Hilfsmaßnahmen für die von hohen Fallzahlen betroffenen Länder. Dass Hilfsgüter aus China in Norditalien eintrafen, nicht aber aus den benachbarten EU-Ländern, steht symbolisch für diesen Rückfall. Die hektisch und einseitig verhängten Grenzkontrollen haben wirtschaftliche Schäden verursacht. Das Virus haben sie nicht aufgehalten und das konnten sie auch nicht. Als sie verhängt worden,

war es längst in ganz Europa da, verbreitet von in ihre Länder zurückkehrenden Touristen und Dienstreisenden.

Auf jeder Nordseeinsel wissen die Menschen ganz genau, dass die Sturmflut durch die gemeinsame Anstrengung beim Deichbau aufgehalten wird und nicht durch das Schneiden der Hecke vorm eigenen Haus. Diese Erkenntnis muss nach Corona endlich Bestandteil des Bewusstseins europäischer Politik werden.

Zweitens zeigt die Pandemie, wie viel von einem starken, handlungsfähigen Staat abhängt. Die große Last wird von der Ingangsetzung des Wirtschaftslebens nach der Pandemie verursacht werden. Von Gesundheitsämtern, die handlungsfähig sind, hängt in diesen Tagen ab, wie schnell und effektiv die Ausbreitungsgeschwindigkeit des Virus verringert werden kann. Viele Menschen schauen erwartungsvoll auf Polizei und Ordnungsämter, wenn es darum geht, die Beschränkungen des öffentlichen Lebens durchzusetzen. Einen starken Staat gibt es nicht kostenlos. Wenn in den kommenden Wochen Finanzmittel im Umfang eines Jahreshaushalts des Bundes mobilisiert werden, muss nach der überwundenen Krise klar sein, dass nicht als erstes über Steuerensenkungen verhandelt werden darf. Im Gegenteil, es wird darüber

zu sprechen sein, was es braucht, damit unser Land krisenfest wird.

Drittens: Solidarität rettet Leben. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen das seit 156 Jahren. Der Zugang zu medizinischen Leistungen, unabhängig von der individuellen Einkommenssituation, ein Gesundheitswesen, das diesen Zugang auch realisieren kann und ein Netz von Trägern sozialer Dienste sind jetzt für Millionen Menschen lebensrettend.

Solidarität und Gerechtigkeit sind auch Quelle von wirtschaftlicher Entwicklung Jahrzehntelang wurde in Deutschland Arbeit in der Alten- und Krankenpflege, der Kindererziehung und anderen sozialen Berufen, aber auch in weiteren zahlreichen Dienstleistungsbranchen, wie dem Einzelhandel so schlecht bezahlt, dass zu einer angemessenen Einkommensentwicklung eine flächendeckende Durchsetzung von Tarifbindung längst nicht ausreichen würde. Das Einkommensgefüge zwischen Berufen in sozialen Dienstleistungen und kaufmännischen sowie Industrierberufen muss grundsätzlich korrigiert werden. Denn die mangelnde Attraktivität dieser Berufe bei gleichzeitig wachsendem Personalbedarf in diesen Berufen verursacht einen Fachkräftemangel, der die Leistungsfähigkeit des Pflege- und Gesundheitssektors in Frage stellt.

Die Pandemie muss der Weckruf für eine grundlegende Veränderung der Einkommensverhältnisse in sozialen Berufen und dem entsprechend Finanzierung von Pflege und Gesundheitsdienstleitungen sein.

Diese Veränderung wird viel Geld kosten. Es muss Schluss damit sein, dass sich ganze gesellschaftliche Gruppen der solidarischen Finanzierung von Gesundheit und Pflege entziehen. Diese Veränderung hebt aber auch ein enormes Potential von Kaufkraft und wirtschaftlichem Wachstum. Auch darauf haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schon 2009 hingewiesen. Es ist an der Zeit, damit jetzt Ernst zu machen.

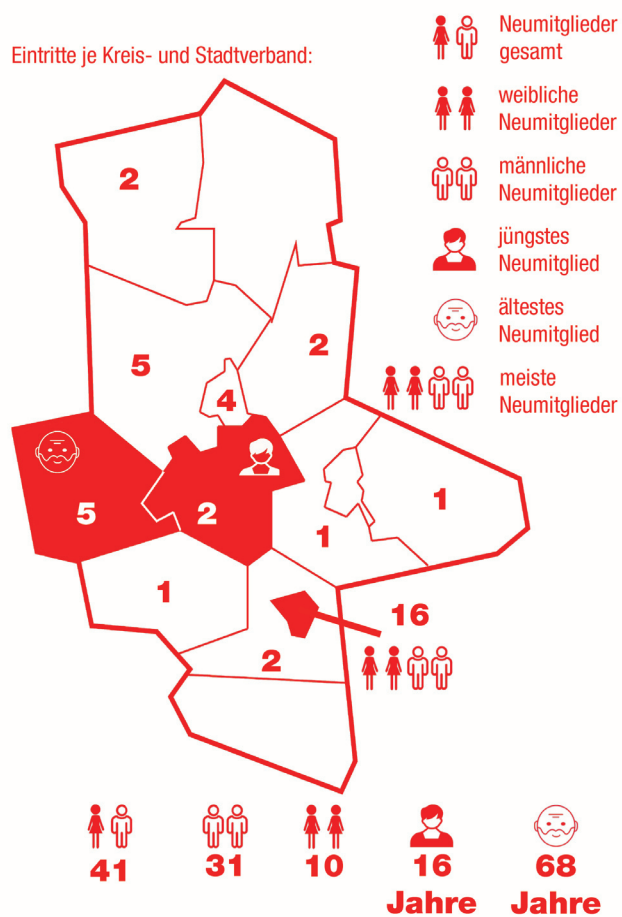
Und: bei aller Sorge um das eigene Land brauchen die Geflüchteten und Fliehenden unsere Solidarität. Die Bilder aus Moria oder Idlib oder von anderen Orten können uns nicht kalt lassen. Wir wissen, dass viele an einer Lösung arbeiten. Für uns hier heißt die Aufgabe, mit unseren Mitmenschen gerade auch für diese Menschen das Herz und die Augen und die Ohren nicht zu verschließen. Es gilt immer: jedes Menschenleben ist wertvoll.

Wir haben Jahre hinter uns, in denen viele der Menschen, deren Interessen wir vertreten, unsere Antworten nicht hören wollten. Jahre, in denen Zusammenhalt als gestrig alt und viele im Bekanntenkreis Bestätigung und Akzeptanz erfuhren, wenn sie ein Loblied des Egoismus und der Anspruchshaltung sangen. In diesen Tagen erfahren alle sehr nachdrücklich, wie schnell man allein auf sich gestellt unter die Räder kommen kann und wie sehr wir alle von der Arbeit, der Freundlichkeit und Rücksichtnahme, vom Zusammenhalt über den engen Familienkreis, soziale Grenzen und nationale Schranken hinweg abhängen.

Nach der Hochphase der Pandemie wird es darum gehen müssen, die Lehren der dann vergangenen Wochen und Monate in aktuelle Politik umzusetzen. Da dürfen wir nicht versagen. ■

NEUMITGLIEDER BISHER IN 2020

Eintritte je Kreis- und Stadtverband:



Anzeige

Unsere Werte in der Krise nicht aufgeben

Flüchtlingspolitik in Zeiten von Corona

Die Corona-Pandemie hat uns alle aus der Bahn geworfen. Weltweit verbindet uns dieses Leid. Das Sprichwort, dass wir in der Not enger zusammenrücken, ist in der gegenwärtigen Lage ungünstig. Viele Menschen nutzen eine solche Krise, um erstmal an sich zu denken. Das ist nicht grundsätzlich falsch, weil das Corona-Virus für jede Person eine individuelle Gefahr darstellt. Dennoch sollten vor allem wir SozialdemokratInnen in dieser Situation unseren Werten treu bleiben.

Wenn Menschen beim Einkaufen nur an sich denken und Regale leerräumen, ist das unsolidarisch. Auch auf globaler Ebene gibt es Menschen, die jetzt lautstark verkünden, dass in Zeiten von Corona kein Platz für Solidarität da ist. Dabei legen die humanitären Krisen dieser Welt nicht aufgrund des Corona-Virus eine Pause ein. Stattdessen sind diejenigen, die schon vor dem März in Not waren, auch weiterhin in Not, und diese Not hat sich zusätzlich noch verschlimmert. Immer wieder gibt es Berichte über Corona-Ausbrüche in griechischen Flüchtlingslagern. Abstandhalten ist in Einrichtungen mit gemeinschaftlich genutzten Sanitärräumen und

Küchen nicht möglich. Auch in der Erstaufnahmeeinrichtung in Halberstadt gibt es mehrere dutzend Infizierte. Hier können wir wenigstens die Infizierten direkt versorgen, aber beim tragischen Schicksal der Menschen an der EU-Außengrenze will die Union uns zum tatenlosen Zuschauen verdammen.

Just hat Holger Stahlknecht erklärt, dass Sachsen-Anhalt aus seiner Sicht insgesamt nicht mehr als EIN Kind aufnehmen kann. Diese Bankrotterklärung ist nicht nur menschlich nicht auszuhalten, sondern zeichnet auch ein ungeheuer negatives Bild von unserem Bundesland. Dieses Versagen der CDU sollten wir als SozialdemokratInnen klar benennen und mit Öffentlichkeitsarbeit zeigen, dass man stattdessen auf die Krise mit noch mehr Solidarität reagieren soll.

In der Kommune bedeutet Solidarität konkret, die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten stärker umzusetzen bzw. deren Umsetzung zu fordern, Zugang zu Hygieneartikeln zu gewährleisten und Widerstand gegen rechte Stimmungsmache zu leisten. Überall in Sachsen-Anhalt sind freie Kapazitäten

für die Betreuung von Geflüchteten vorhanden. Eine Notwendigkeit, Menschen in enge Gemeinschaftsunterkünfte zu zwingen, gibt es nicht. Wir dürfen das giftige Spiel des Aufwiegens von Menschenleben nicht mitmachen und müssen klar und deutlich sagen, dass unsere Werte keine Menschen erster und zweiter Klasse kennen.

Ohne unsere Werte sind wir nur ein orientierungsloser Zusammenschluss von 450.000 Menschen. Sehen wir tatenlos zu, wenn die Zwischenmenschlichkeit und die Humanität in Zeiten von Corona mit Füßen getreten werden, brauchen wir nicht zu hoffen, dass es nach der Krise anders sein wird.

Igor Matviyets, Vorsitzender der AG Migration und Vielfalt der SPD Sachsen-Anhalt ■

Frauentagsaktion und Mitgliederversammlung bei der SPD Stendal



Zum Frauentag sollte es Rosen geben. Da der jedoch in diesem Jahr auf einen Sonntag fiel, machte sich die SPD Stendal bereits am Samstag auf, um kleine Aufmerksamkeiten an Stendalerinnen zu verteilen, die in der Innenstadt arbeiteten oder mit der Familie unterwegs waren.

Am darauffolgenden Montag, dem 9. März 2020, folgte eine Mitgliederversammlung mit dem Bundestagsabgeordneten Eberhard Brecht. Dabei warfen wir einen Blick zurück und schauten dann nach vorne. Neben der Nominierung von Juliane Kleemann als Landtagskandidatin wurde die Besetzung des Kreisvorsitzes besprochen. Hier möchte sich Jakob Beuchel zur Verfügung stellen. Für die Zu-

kunft wurden unter anderem Aktionen zu Europa und die Spielplatzbemalungsaktion am Hartungswall geplant. Wir bleiben für Stendal am Ball.

Abschließend gab es noch eine teils sehr emotional geführte Diskussion mit unserem Bundestagsabgeordneten. Dieser hatte sich Zeit genommen und berichtete aus Berlin. Nach hitzigem Wortgefecht zu Themen von der Rüstung- über die Außen- bis zur Sozialpolitik klang der Abend mit versöhnlichen Gesprächen aus. Vielen Dank an Eberhard für sein Engagement für uns.

Simon Gerstner ■

Außerordentlicher Landesparteitag am 7. November 2020 in Quedlinburg

Einberufung gemäß § 5 (2) der Satzung des Landesverbands sowie § 32 des Organisationsstatuts der SPD

Der SPD-Landesvorstand hat die Einberufung eines außerordentlichen Landesparteitags zum Beschluss des Wahlprogrammes zur Landtagswahl 2021 beschlossen. Dieser findet am 7. November 2020 in Quedlinburg statt.

Am Vorabend, dem 6. November 2020, findet ebenfalls in Quedlinburg die Feier „30 Jahre SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt“ statt.

Antragschluss für den ao. Landesparteitag ist Samstag, der 3. Oktober 2020, 24.00 Uhr.

Vorläufige Tagesordnung

Beginn: Samstag, 7.11.2020, 10.00 Uhr	3. Grußworte
1. Eröffnung durch die Landesvorsitzende oder den Landesvorsitzenden	4. Bericht der Mandatsprüfungskommission
2. Konstituierung	5. Antragsberatung zum Landtagswahlprogramm 2021
2.1 Beschlussfassung über die Tagesordnung	6. Weitere Antragsberatung
2.2. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung	7. Schlusswort durch die Landesvorsitzende oder den Landesvorsitzenden
2.3. Wahl des Präsidiums	8. Abschlusslied
2.4. Wahl der Mandatsprüfungskommission	
2.5. Wahl der Zählkommission	
2.6. Bestätigung der Antragskommission	

Impressum

ViSdP: Friederike Rösler
 Redaktion: Martin Krems-Möbbeck
 Gestaltung: Jörn Rößler
 Beiträge an: redaktion@vornewech.de

Anschrift:
 SPD Sachsen-Anhalt
 Redaktion vornewech
 Bürgelstraße 1, 391054 Magdeburg
 Erscheint online auf vornewech.de